

TOP 7: Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung bzgl. der Kofinanzierung von Zuwendungen unter der Förderrichtlinie „Resilienz und Nachhaltigkeit des Ökosystems der Batteriezellfertigung“ zur Umsetzung eines Vorhabens zur Gewinnung von sauberem Lithium für die Batteriezellfertigung

- Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau vom 9. Juli 2025 -

Beschluss:

1. Der Ministerrat billigt den vorgelegten Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Rheinland-Pfalz über die Kofinanzierung des Projekts zur Lithium-Gewinnung.
2. Der zuständige Landtagsausschuss wird im Anschluss an die Ministerratsbefassung entsprechend Ziffer II 2 i. V. m. Ziffer III 3 der Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung durch die Ministerin für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau über die beabsichtigte Verwaltungsvereinbarung über die Kofinanzierung des Projekts zur Lithium-Gewinnung informiert.

Erläuterungen:

Mit dem Vorhaben „Sauberes Lithium für die Batteriezellfertigung“ plant die Natürlich Landau Lithium GmbH, ein 100 prozentiges Tochterunternehmen der Vulcan Energie Ressourcen GmbH, Lithiumchlorid (LiCl) mit einem nachhaltigen Verfahren aus Geothermalsole des Oberrheingrabens zu gewinnen. Hierzu soll am Standort Landau in der Pfalz eine Lithium-Extraktionsanlage errichtet werden. Die angewandten Gewinnungs- und Konversionsprozesse zeichnen sich durch einen minimalen ökologischen Fußabdruck aus. Durch das Vorhaben soll in den kommenden Jahren eine Produktionskapazität von 24.000 Tonnen LiCl erreicht werden. In nachgelagerten Prozessen wird das LiCl zu Lithiumhydroxid-Monohydrat (LHM) veredelt und steht dann als Ausgangsprodukt für die Batteriezellfertigung in Europa zur Verfügung. Das Vorhaben kann damit einen signifikanten und strategischen Beitrag zu den förderpolitischen Zielen leisten, Produktionskapazitäten entlang der Batterie-Wertschöpfungskette in Deutschland aufbauen und strukturelle Abhängigkeiten von Zulieferern aus dem nicht-europäischen Ausland verringern. Es kann darüber hinaus einen Beitrag zum Aufbau von resilienten Liefer- und Wertschöpfungsketten in Deutschland und Europa schaffen und dabei unterstützen, den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu beschleunigen. Von der

Europäischen Kommission wurde das Vorhaben als ein strategisches Projekt eingestuft. Die förderfähigen Gesamtkosten des Vorhabens in Rheinland-Pfalz belaufen sich auf rund 381,8 Mio. Euro. Die gesamtstaatliche Förderung entspricht 15 Prozent der förderfähigen Kosten (70 Prozent Bund (bis zu 40,1 Mio. Euro) und 30 Prozent Land Rheinland-Pfalz (bis zu 17,2 Mio. Euro)).